

Keynes' Westentaschentheorie zur Inzidenz der Finanzierung steigender Staatsausgaben

von

Michael Braulke

I. Die jüngere Vorgeschichte

Vermutlich ist nur wenigen Finanzwissenschaftlern bewußt, daß *Keynes* in seinem häufiger erwähnten, aber offenbar seltener ganz gelesenen Büchlein „How to Pay for the War“ auch einen brillant einfachen und dabei vollwertigen inzidenztheoretischen Rahmen entwickelt hat¹. Erstaunlicherweise fand dieses Modell in der gängigen Literatur praktisch keinen Widerhall, sondern ging erst in gänzlich anderer Verwendung, nämlich als Verteilungstheorie, unter dem Namen eines seiner Schüler in die Lehrbücher ein. *Shlomo Maital* gebührt das Verdienst, diesen *Keynes* wieder ausgegraben und dessen durchweg verbal gehaltenen, aber unmißverständlichen theoretischen Rahmen in schlichte Algebra gefaßt zu haben². Ihm ist es jedoch wohl zugleich auch zuzuschreiben, daß diese Ausgrabungsarbeit erneut auf geringe Resonanz stieß, und zwar vermutlich in erster Linie deshalb, weil *Keynes'* Ansatz mittels eines inzidenztheoretischen Kunstgriffs von *Maital* zur Untermauerung einiger spektakulärer und schwer verdaulicher Aussagen herhalten muß, die den flüchtigen Leser an der Brauchbarkeit des zugrundeliegenden Ansatzes zweifeln lassen. Daß *Keynes'* Ansatz hingegen für die von ihm angegangene eigentliche Fragestellung durchaus brauchbar ist und daß er erst durch die – man ist versucht zu sagen: – Vergewaltigung *Maitals* zu ungläubwürdigen Aussagen führt, soll auf den wenigen folgenden Seiten gezeigt werden. Zu diesem Zweck wird zunächst *Keynes'* grundlegender Ansatz in der algebraischen Ausgestaltung von *Maital* mit allerdings etwas gängigerer Symbolik dargestellt, sodann die spezifische Inzidenz verschiedener Finanzierungsmodi steigender Staatsausgaben abgeleitet und anschließend die sich auf Fragen

¹ *John M. Keynes*: How to Pay for the War, London 1940, im folgenden zitiert nach dem Wiederabdruck in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX, Essays in Persuasion, London-Basingstoke 1972, S. 367–439. Siehe dort insbesondere Chap. IX.

² *Shlomo Maital*: Inflation, Taxation and Equity: How to Pay for the War Revisited, in: Economic Journal, Vol. 82, 1972, S. 158–167.

der differentiellen Inzidenz beschränkende Analyse *Maitals* diskutiert. Die abschließenden Bemerkungen und insbesondere die Kritik am Ansatz sind knapp gehalten, zumal es nicht Sinn der Darstellung einer einfachen Theorie sein kann, sich gerade darüber zu ereifern, daß sie vereinfacht.

II. Keynes' kurzfristiger inzidenztheoretischer Ansatz

Ausgangspunkt der Überlegungen ist eine vollbeschäftigte (offene) Wirtschaft, auf die steigende Staatsausgaben, sprich: Verteidigungslasten, zukommen. Da die Betrachtung der verteilungsmäßigen Konsequenzen der Finanzierung zunehmender Staatsausgaben auf die kurze Frist abstellt, werden – wie wäre es schon anders zu erwarten? – die Kapazitätseffekte laufender Investitionen außer acht gelassen. Angesichts der Vollbeschäftigung und des somit konstanten realen Volkseinkommens, Y , läuft also *Keynes'* Analyse auf die Frage hinaus, wie die Verteilung mit wachsendem Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen, g , zusammenhängt. Um diesen Zusammenhang herzustellen, betrachtet *Keynes* und mit ihm zugleich auch *Maital* eine einfache Zwei-Klassen-Wirtschaft, bestehend aus (lupenreinen) Arbeitern und (lupenreinen) Rentiers, deren Bruttoeinkommen die Anteile a bzw. $(1 - a)$ am Volkseinkommen ausmachen und mit den Steuersätzen t_W bzw. t_R direkt besteuert werden. Die bekanntlich unter dem Namen eines *Keynes'* Schülers in die Literatur eingegangene Kernannahme von *Keynes'* Ansatz besteht nun darin zu postulieren, daß die durchschnittliche Konsumneigung jeder Klasse konstant und damit gleich der marginalen ist und insbesondere daß Rentiers sparsamer sind als Arbeiter, d. h. $c_W > c_R$ ³. Faßt man c_W und c_R als Konsumquoten aus disponiblem Einkommen auf, so gilt offenbar die Einkommensidentität

$$Y = c_W (1 - t_W) a Y + c_R (1 - t_R) (1 - a) Y + g Y,$$

woraus nach Division durch Y unmittelbar

$$(1) \quad g = 1 - [c_W (1 - t_W) a + c_R (1 - t_R) (1 - a)],$$

oder mit $c = 1 - g$ als gesamtwirtschaftlicher Konsumquote, auch

$$(2) \quad a = \frac{c - c_R (1 - t_R)}{c_W (1 - t_W) - c_R (1 - t_R)}$$

³ Während die Annahme konstanter durchschnittlicher und insbesondere konstanter marginaler Konsumneigung eine analytische Vereinfachung darstellt, die man in dieser Form bei *Keynes* zu finden vergeblich suchen müßte, findet man explizit die Annahme $c_W > c_R$. *Keynes* begründet die höhere marginale Sparquote der Rentiers interessanterweise mit folgender Konstruktion: „... not so much because the recipients, being relatively rich, will save more readily, but because the profits will largely belong to companies which will be disinclined, for various reasons, to distribute the bulk of them in higher dividends but will prefer in the circumstances to save them on behalf of their shareholders“ (op. cit., S. 419.).

folgt. Dem Leser wird nicht entgangen sein, daß die Quote g alle Nicht-Konsumausgaben umfaßt und somit um die Investitionen und den Außenbeitrag die reinen Staatsausgaben übersteigt. Es schadet allerdings nicht, g mit nur den letzteren zu identifizieren, da private Investitionen und Außenbeitrag später implizit konstant gesetzt werden. Die Gleichungen (1) und (2) sind formal natürlich äquivalent, was aber nicht heißen soll, daß sich ihre Gleichheitszeichen in gleicher Weise kausal gerichtet interpretieren ließen. Während (1) ohne Schwierigkeiten dahingehend gelesen werden kann, daß die gesamtwirtschaftliche Konsumquote (oder Nicht-Konsumquote) durch die klassenspezifischen Konsumquoten aus disponiblen Einkommen, die Steuersätze und die Einkommensverteilung bestimmt wird, scheint bei der sich anbietenden Interpretation der Gleichung (2), wonach die Primärverteilung umgekehrt von den anderen genannten Faktoren abhängt, höchste Vorsicht geboten⁴. Wenn Gleichung (2) hier dennoch explizit aufgeführt wird, so nur deswegen, weil sie Angelpunkt *Maitals* differentieller Inzidenzüberlegungen ist.

III. Die spezifische Inzidenz verschiedener Finanzierungspolitiken

Wie schon angedeutet, besagt Gleichung (1), daß in diesem einfachen Keynesianischen Modell eine Anhebung des Staatsanteils g nur über Veränderungen der spezifischen Konsumquoten c_W und c_R , der spezifischen direkten Steuersätze t_W und t_R oder der Bruttoeinkommensverteilung a gelingen kann. Versteift man sich nun mit Hinweis auf die Kurzfristigkeit der Analyse auf die offensichtlich heroische Annahme, die gruppenspezifischen Konsumgewohnheiten seien unveränderlich, so daß c_W und c_R als Konstante angesehen werden müssen⁵, so bleiben nur noch t_W , t_R und a als Steuervariable. Deren Verteilungswirkung wird im folgenden an der Veränderung der Nettoverteilung, d. h. an der Veränderung von $b = (1 - t_W) a$, dem Anteil des disponiblen Lohneinkommens am gesamten Volkseinkommen, gemessen. Gefragt wird also nach der Veränderung von b ,

$$(3) \quad \Delta b = -a \Delta t_W + (1 - t_W) \Delta a,$$

die notwendig ist, um eine bestimmte vorgegebene Veränderung Δg zu erreichen.

Politik I: Offene Inflation. Zunächst ist es völlig unklar, wie Inflation in diesem Modell berücksichtigt werden kann. Hält man sich aber den kurz-

⁴ Diese Lesart ist schon so ausgiebig kritisiert worden, daß es sich erübrigt, noch näher darauf einzugehen. Vgl. dazu die höchst lesenswerte Satire von *James Tobin*: *Toward a General Kaldorian Theory of Distribution: A Note*, in: *Review of Economic Studies*, Vol. 27, 1960, S. 119–120, oder auch *Hans-J. Ramser*: *Zur verteilungstheoretischen Relevanz der Kaldor-Formel*, in: *Kyklos*, Vol. 22, 1969, S. 585–588.

⁵ Starrheit der Konsumgewohnheiten, auf die *Maital* (op. cit., S. 161) hinweist, würden gemäß der „habit persistence“-Hypothese eher die Annahme nahelegen, daß der private Konsum kurzfristig absolut und realiter fixiert ist. Unter diesen Umständen gäbe es dann überhaupt keine Möglichkeit, die Quote g kurzfristig zu verändern.

fristigen Charakter der Analyse vor Augen, dann ist *Keynes'* Annahme durchaus plausibel, daß zumindest zu Beginn der Inflationsphase die Geldlöhne hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurückbleiben⁶. Die kurzfristige Wirkung der Inflation besteht hier also darin, die Bruttolohnquote a zu drücken. Die notwendige Verringerung von a durch offene Inflation, die einen Anstieg von g um den gegebenen Betrag Δg herbeizuführen in der Lage ist, errechnet sich aus (1), und in Verbindung mit (3) erhält man

$$(4) \quad \Delta b_1 = - \frac{1 - t_W}{c_W (1 - t_W) - c_R (1 - t_R)} \Delta g.$$

Politik 2: Anhebung der Lohnsteuer. Wiederum hinter der Kurzfristigkeit der Analyse Deckung nehmend, besteht in diesem Fall im Gegensatz zur Politik 1 keine unmittelbare Veranlassung, eine Veränderung der Primärverteilung, also von a , zu erwarten. Der notwendige Anstieg der Lohnsteuer beträgt gemäß (1) folglich $\Delta t_W = \Delta g / c_W a$, und daraus folgt wiederum in Verbindung mit (3)

$$(5) \quad \Delta b_2 = - \frac{1}{c_W} \Delta g.$$

Politik 3: Anhebung der Profitsteuer. Offensichtlich gilt hier gemäß (3) unmittelbar

$$(6) \quad \Delta b_3 = 0.$$

Politik 4: Erhebung einer indirekten Steuer. Wie *Maital* zutreffend festgestellt hat, sind im vorliegenden Modell indirekte Steuern und direkte Steuern unter gewissen Voraussetzungen austauschbar⁷. Geht man z. B. davon aus, daß indirekte Steuern voll überwälzt werden, so ist offenbar eine Lohnsteuer durch eine indirekte Besteuerung der Konsumausgaben nur der Arbeiter mittels eines Steuersatzes gleicher Höhe (t_W) voll substituierbar, denn es gilt die Identität $c_W [(1 - t_W) aY] = [c_W aY] (1 - t_W)$, wobei die linke und die rechte Seite den realen Konsum der Arbeiter und die eckigen Klammern das disponible Arbeitseinkommen bei direkter Besteuerung bzw. die nominalen Konsumausgaben der Arbeiter (ohne direkte Besteuerung) angeben. Besteuerung nur der sogenannten „wage goods“ hätte also dieselbe Wirkung wie eine Lohnsteuer. Entsprechend ließe sich argumentieren, daß eine Besteuerung der analog definierten „profit goods“ dieselbe Wirkung wie eine direkte Besteuerung der Profite (Rentiers-Einkommen) hätte. Komplizierter würde die Analyse erst, wenn man nach den Implikationen einer allgemeinen

⁶ Vgl. *J. M. Keynes*, op. cit., S. 420. Eine derartige Konstruktion erfreut sich übrigens auch in der jüngeren Literatur noch ausreichender Beliebtheit, z. B. bei *Robert M. Solow* und *Joseph E. Stiglitz*: Output, Employment and Wages in the Short Run, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 82, 1968, S. 537–560, insbesondere S. 544f.

⁷ Vgl. *S. Maital*: op. cit., S. 161, sowie auch *Keynes* selbst: op. cit., S. 413.

indirekten Steuer fragt. Kenntnis darüber, ob eine allgemeine indirekte Steuer ganz oder teilweise vorwärts oder rückwärts überwälzt wird, würde selbst noch wenig weiterhelfen, da es insbesondere bei der Besteuerung von Investitionsgütern darauf ankäme, welche Gruppe letztlich deren Besteuerung zu tragen hat. Da aber die Inzidenz einer allgemeinen indirekten Steuer für die arbeitende Bevölkerung kaum unangenehmer sein kann als die Inzidenz einer Besteuerung nur der „wage goods“, bleibt die genaue Beantwortung dieser Frage, wie sich gleich herausstellen wird, ohne sonderliches Interesse für den Kern der *Keynesschen* Analyse.

Ein Vergleich der Ergebnisse (4) bis (6) zeigt deutlich, daß eine Finanzierung steigender Staatsausgaben durch Anhebung der Profitsteuer das disponible Arbeitseinkommen am geringsten berührt, nämlich gar nicht. Am härtesten wird das disponible Arbeitseinkommen dagegen durch die Politik der offenen Inflation getroffen, denn es gilt $\Delta b_1 < \Delta b_2$, wie sich leicht anhand von (4) und (5) nachprüfen läßt. Die wichtigste Aussage, die sich herausfiltern läßt und auf die es *Keynes* wohl auch besonders ankam, lautet demnach, daß selbst noch die regressivste Form der ordentlichen Finanzierung steigender Staatsausgaben verteilungsgünstiger wirkt als Finanzierung mittels Notenpresse. Diese Tatsache hängt damit zusammen, daß auch eine Inflationspolitik am Ende nur auf einer Finanzierung der steigenden Staatsausgaben mittels höherer automatischer Steuereinnahmen sowie höherer „freiwilliger“ Ersparnisbildung basiert⁸. Um die Zunahme von g durchzusetzen, muß mittels Inflation solange Primäreinkommen der weniger sparsamen und auch weniger Steuern zahlenden Arbeiter in die Westentaschen der sparsameren und auch höher besteuerten Rentiers umverteilt werden, bis die private Ersparnisbildung sowie die Steuereinnahmen gerade die erwünschte Quote g am gesamten Volkseinkommen ausmachen. Da bei diesem Umverteilungsprozeß der Konsum der Rentiers noch absolut steigt, sofern nur $c_R > 0$ ist⁹, während er bei direkter oder indirekter Besteuerung der Arbeiterklasse unverändert bliebe, muß also den Arbeitern im Falle einer Inflationspolitik mehr Einkommen entzogen werden als im Falle einer direkten oder indirekten Besteuerung.

IV. Die differentielle Inzidenz

Auf der Grundlage der vorangegangenen Ergebnisse bedarf es keiner Phantasie, um sich vorzustellen, wie das Resultat aussehen muß, wenn man die Frage nach der differentiellen Inzidenz von Inflation versus Steuerfinanzierung stellt. Angenommen also, der Staat habe bereits einen höheren Anteil g durch Inflationspolitik mitsamt ihren genannten Folgen für die Verteilung durchgesetzt. Fragt man jetzt, welche Konsequenzen eine zusätzliche

⁸ Die Politik der offenen Inflation ist in *Keynes'* prägnanten Worten „... a method of *compulsorily* converting the appropriate part of the earnings of the worker which *he* does not save voluntarily into the voluntary savings (and taxation) of the entrepreneur.“ (Kursiv im Original, op. cit., S. 422.)

⁹ Gälte die klassische Simplifizierung $c_R = 0$, wären Politik 1 und 2 identisch in ihrer Wirkung. *Keynes* nimmt aber $c_R > 0$ an; vgl. op. cit., S. 376.

Besteuerung hätte, wenn dabei der Staatsanteil *nicht* weiter erhöht wird, so gilt in Anwendung der simplen Modell-Mechanik¹⁰, daß „Any tax increase, whether on workers or rentiers, raises the net (after-tax) wage share“, und es gilt sogar die noch spektakulärere Aussage „This implies that the inequity attendant upon an extended defence effort, and subsequent inflation, can be offset even by a tax falling solely upon wages“¹¹. Die Betonung im letzten Satz sollte auf dem Wort „kann“ liegen, da es gemäß Gleichung (5) keineswegs so ist, daß schon ein Rückgängigmachen der ursprünglichen Inflationspolitik und die Substitution durch Besteuerung nur der Lohnempfänger ausreicht, um die Arbeiter in ihren ursprünglichen Zustand zurückzusetzen. Um das zu erreichen, müßte erstens die Besteuerung der Lohnempfänger über das hinausgehen, was zur Finanzierung der zuvor gestiegenen, nun aber gegebenen Staatsausgaben ausreicht hätte, und müßten zweitens die daraus resultierenden Steuereinnahmen stillgelegt werden, um einen Deflationsprozeß zu erzeugen, der in genauer Umkehrung des oben angedeuteten Inflationsprozesses die Primärverteilung so weitgehend zugunsten der Lohnempfänger verschiebt, bis selbst angesichts der erhöhten steuerlichen Belastung auch die Nettoverteilung wieder ihren ursprünglichen Wert b erreicht.

Daß ein solcher Deflationsprozeß notwendiger Bestandteil der *Maital*-schen Aussagen ist und daß er insbesondere genau spiegelbildlich zum von *Keynes* skizzierten Inflationsprozeß ablaufen müßte, verschweigt *Maital*. Damit *Maitals* Analyse Gültigkeit behält, müßte man also annehmen, daß während der Deflationsphase die Geldlöhne langsamer sinken als das allgemeine Preisniveau und daß vor allem auch weiterhin Vollbeschäftigung herrscht. Bezeichnenderweise findet sich bei *Keynes* kein einziger Satz, aus dem man derartige Annahmen herauslesen könnte¹², und es steht zu vermuten, daß er mit *Maitals* Umkehrung seiner Argumentation auch nicht einverstanden gewesen wäre. Zumindest muß sich *Maital* demnach die Frage stellen lassen, inwieweit es legitim oder auch nur sinnvoll sein kann, ein für seine eigentliche Fragestellung durchaus adäquates Modell im Rückwärtsgang zu fahren.

V. Relativierende Schlußbemerkung

Sicherlich sind die Ergebnisse dieser einfachen *Keynesschen* Inzidenzlehre nach dem heutigen Stand der Dinge nicht weltbewegend. Der mehr empirisch orientierte Leser mag auch kritisieren, daß die Annahme konstanter marginaler und durchschnittlicher Konsumneigung – wenn überhaupt – eher in eine langfristige als in eine kurzfristige Analyse gehört. Monetaristen mö-

¹⁰ Geeignete Differenzenbildung in Gleichung (2) in Verbindung mit (3) führt unter der wichtigen Annahme $\Delta g = -\Delta c = 0$ unmittelbar zu den folgenden Ergebnissen.

¹¹ Beide Zitate von *S. Maital* (op. cit., S. 161 f.).

¹² Im Gegenteil, es gibt eine Reihe von Stellen, in denen *Keynes* deutlich macht, daß er umgehendes Handeln der Behörden für erforderlich hält, *bevor* eine allgemeine Inflation um sich greift. Vgl. op. cit., insbesondere S. 385, 392 und 411.

gen dagegen einwenden, daß die Wirkungsweise des Inflationsprozesses zu stark verkürzt werde und insbesondere ein bei inflationärer Finanzpolitik zu erwartender „balance of payments leak“ unberücksichtigt bleibe. Darüber hinaus wird der Nexus Primärverteilung-Steuerpolitik außer Acht gelassen¹³, und Fragen der Ausgabeninzidenz werden gar nicht erst angeschnitten.

Abgesehen davon, daß *Keynes* alle diese Einwände deutlich gesehen und zum Teil auch angesprochen hat, treffen sie nicht den logischen Kern seiner Analyse, die besagt, daß bei kurzfristig starren Konsumgewohnheiten ein wachsender Staatsanteil mittels inflatorischer Finanzpolitik nur dann erfolgreich durchzusetzen ist, wenn dabei Realeinkommen von Gruppen mit hoher zu Gruppen mit geringerer realer Konsumneigung umverteilt wird. Ob dies gleichbedeutend ist mit einer Umverteilung von Arm zu Reich, wie es die unter Ökonomen beliebte und für plausibel gehaltene Annahme $c_W > c_R$ suggeriert, wird allerdings in jüngster Zeit in Frage gestellt¹⁴.

¹³ Siehe zu einem Teilaspekt beispielsweise *Thomas F. Dernburg*: The Macroeconomic Implications of Wage Retaliation Against Higher Taxation, in: IMF Staff Papers, Vol. 21, 1974, S. 758–788.

¹⁴ *Alan S. Blinder* hat in seiner Studie „Distribution Effects and the Aggregate Consumption Function“ (Journal of Political Economy, Vol. 83, 1975, S. 447–475) interessanterweise empirische Anhaltspunkte gefunden, die auf einen positiven Zusammenhang zwischen Konsumquote und Ungleichheit der Verteilung deuten. Dieses Ergebnis steht so sehr im Widerspruch zu einer der geheiligten Grundannahmen orthodoxer Theorie, daß *Blinder* sich offenbar genötigt sah, sein vorletztes Kapitel mit „Can the Results be Right?“ zu überschreiben und darin selbst eine Reihe von Zweifeln anzumelden.